

Nr. 52 *Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 18. September 1891*

RS. (*und RK.*)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (24. 9.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (o. D.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (26. 9.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (26. 9.), der kgl. ung. Finanzminister Wekerle (o. D.), der k. k. Finanzminister Steinbach (26. 9.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager v. Szögyény-Marich (29. 9.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (2. 10.), der k. u. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter v. Khu.

Gegenstand: Delegationsvorlagen.

KZ. 50 – RMRZ. 368

Protokoll des zu Wien am 18. September 1891 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Kálnoky.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und bringt das Präliminare des Heeres für 1892 als den wichtigsten Gegenstand zur Beratung, indem er bemerkt, daß es sich empfehlen werde, bei diesem Anlasse vorerst die allgemeinen Gesichtspunkte zu erörtern, welche ein Bild der Gesamtlage bieten, auf dessen Grundlage weiter verhandelt werden könne.

Eingehend auf die Schilderung der internationalen Situation weist der k. u. k. Minister des Äußern darauf hin, daß er schon im Juni l. J. bei den damals stattgehabten Besprechungen diesen Gegenstand behandelt und hiebei einerseits die fortdauernde Unsicherheit der Lage gekennzeichnet, andererseits konstatiert habe, daß zwar keine Imminenz der Kriegsgefahr vorliege, daß aber die letztere sich dadurch in einem progressiven Zustande befinde, daß die Kriegsbereitschaft in den großen Staaten fortwachse und daher, trotz aller Bemühungen, den Frieden zu erhalten, eine neue Phase eintreten könne, die außer aller Berechnung liege und plötzlich zu einer Konflagration führen könne. Die seither eingetretenen Ereignisse hätten unleugbar eine Verschlechterung dieser Situation herbeigeführt. Die tatsächlichen Verhältnisse der europäischen Mächte hätten sich allerdings nicht geändert, und weder die Verlängerung des Dreibundes,¹ die letzteren nur gekräftigt und mehr gesichert habe, noch die schärfere Akzentuierung der franco-russischen Entente² wären an sich dazu geeignet gewesen, wenn sie nicht von ^aeinem Zusammentreffen von ^abesonderen Umständen begleitet gewesen wären. Einer dieser Umstände war es, daß es unmöglich erschien, wie man ursprünglich beabsichtigte, die Verlängerung des Dreibundes geheimzuhalten, da angesichts der heftigen parlamentarischen Angriffe auf das italienische Ministerium, letzterem die Zustimmung erteilt werden mußte, die Tatsache der Verlängerung des Dreibundes zu publizieren; dadurch wurde in

^{a-a} *Einfügung Kálnokys.*

¹ PRIBRAM, Die politischen Geheimverträge Österreich-Ungarns 64–69.

² *Notenwechsel Giers–Ribot v. 21–27. 8. 1891. KONFERENZEN UND VERTRÄGE* Teil II, 3. Bd., 379.

Frankreich, wo man noch immer gehofft hatte, diese Verlängerung durch den Einfluß der republikanischen und franzosenfreundlichen Partei in Italien zu hintertreiben, das Gefühl einer großen Enttäuschung hervorgerufen. Ein zweiter Umstand war die Reise des deutschen Kaisers nach England,³ welche an sich auch unbedenklich gewesen wäre, wenn nicht ^bunmittelbar vorher die ^bDiskussionen ^cim Parlament^c das englische Ministerium gezwungen hätten, daselbst^d Stellung zu nehmen und zu erklären, daß England auf der Seite des Dreibundes stehe, soweit es sich um Aufrechthaltung des Status quo, insbesondere im Mittelmeere handle. Der Flottenbesuch in Kronstadt⁴ war dann die Gelegenheit, um akzentuierter die Gemeinsamkeit der politischen Auffassung Rußlands und Frankreichs zu demonstrieren. Hiedurch wurde der Chauvinismus in Frankreich in so hohem Grade erregt, daß seine Ausbrüche eine tatsächliche Gefährdung des Friedens bilden können. Russischerseits scheint allerdings der Chauvinismus seinen Kulminationspunkt überschritten zu haben, da dort die schweren inneren Kalamitäten dämpfend wirkten, allein bei dem Chauvinismus in Frankreich lasse sich nicht absehen, in welche Verwicklungen er dieses Land und damit andere Mächte hineinreißen kann. Die internationale Situation sei daher die, daß ohne daß eine tatsächliche Veränderung in den Verhältnissen der Mächte eingetreten, die Lage doch gefährlicher und daher die Kriegsgefahr näher gerückt sei als in diesem Sommer. Der Redner habe in letzter Zeit Gelegenheit gehabt, alle diese Gesichtspunkte eingehend mit dem deutschen Reichskanzler zu besprechen, und müsse konstatieren, daß General von Caprivi die Sachlage mit großer Objektivität und Friedensliebe ansehe und durchaus nicht die Absicht habe, etwas zu tun, was die Kriegsgefahr näher rücken könne, aber er sei auch der Meinung, daß die Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden dürfe, daß man durch plötzliche unvorhergesehene Ereignisse in Konflagrationen hineingerissen werde.⁵ Es werde gewiß ^evon seiten der verbündeten Regierungen^e alles geschehen, die jetzige zugespitzte Phase zu überwinden, und der Redner hofft auch, daß die Verschärfung sich im Laufe des Winters wieder kalmieren und man über das nächste und vielleicht auch über ein weiteres Jahr hinüber kommen werde, doch könne er natürlich nicht dafür einstehen. Wie die Deutschen an ihrer Grenze gegen Frankreich jeden Inzidenzfall vermeiden wollen, der die Verschärfung der Situation herbeiführen müßte, so werden auch wir im Orient alles unterlassen, was Rußland zum Krieg veranlassen könnte, allein es läßt sich nicht vorhersagen, ob letztere Macht nicht, sei es aus äußeren Gründen, sei es gedrängt durch innere Verhältnisse, eine Aktion einleitet, welche eine Konflagration unvermeidlich macht. Alle diese Erwägungen ließen es also

b-b *Korrektur Kálnokys aus die an dieselbe geknüpften.*

c-c *Einfügung Kálnokys.*

d *Korrektur Kálnokys aus im Parlamente.*

e-e *Einfügung Kálnokys.*

3 *Der Besuch hat zwischen 4. und 13. 7. 1891 stattgefunden*

4 *Der Besuch hat am 21. 7. 1891 stattgefunden.*

5 *HASELMAYR, Diplomatische Geschichte des Zweiten Kaiserreiches 4. Buch, 47.*

als unumgänglich notwendig erscheinen, militärischerseits möglichst auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein. Es muß aber dabei allerdings auch auf die finanzielle Lage der Monarchie Rücksicht genommen und eine solche Störung derselben vermieden werden, die unseren Kredit und damit unser Ansehen im Auslande empfindlich zu schädigen geeignet wäre, da wir hiedurch gewissermaßen schon eine Schlappe noch vor Beginn des Krieges erleiden würden. Die Aufgabe der gegenwärtigen Beratungen sei es, einen Mittelweg zu finden, der aus dieser Schwierigkeit herausführt.

Der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer kann seine Anschauungen nur auf die ihm zu Gebote stehenden militärischen Informationen und Daten stützen, aus denen er die persönliche Überzeugung geschöpft habe, daß der Krieg mit Rußland zwar vielleicht noch hingezogen werden könne, aber unvermeidlich sei, u. zw. nach seinen Impressionen längstens 1894 eintreten werde. Es handle sich seiner Ansicht nach darum, die Armee für diesen Krieg vorzubereiten, da die traurigen Erfahrungen, die wir im Jahre 1859 und 1866 sowie Frankreich im Jahre 1870 gemacht haben, die Wichtigkeit der Vorbereitungen für den Erfolg des Feldzuges hinreichend dargetan hätten. Unzweifelhaft müsse man alles tun, um den Frieden zu erhalten, aber man müsse die Armee so stellen, daß man den Krieg, wenn man dazu genötigt würde, nicht zu scheuen habe. Auf Grund dieser Erwägungen seien die Ansätze der Kriegsverwaltung verfaßt und könne dieselbe nur auf der ungeschmälernten Anforderung derselben beharren. Wenn Posten vorkämen, die in erster Linie vielleicht nur mit Geboten der Billigkeit oder Zweckmäßigkeit motiviert werden, so müßten dieselben allerdings, sofern die finanzielle Lage die Bestreitung aller Anforderungen absolut unmöglich mache, hinter den unbedingt notwendigen zurückstehen, aber auch hier müsse der Redner für sich die Berechtigung in Anspruch nehmen, konstatieren zu dürfen, daß er diese Anforderungen gestellt und nur genötigt durch die finanziellen Bedenken davon zurückgetreten sei. Er verkenne überhaupt die Wichtigkeit auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Monarchie nicht, aber der vielfach ausgesprochenen Ansicht, daß die Leistungsfähigkeit an der Erhaltung des Gleichgewichtes im Budget die Grenze habe, könne er doch nur den Wert eines theoretischen Prinzips beimessen, welches den praktischen Exigenzen nicht stichhalten könne.

Der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry präzisiert den Standpunkt der kgl. ung. Regierung dahin, sie sei vollkommen von der Notwendigkeit durchdrungen, jene Geldmittel zu bewilligen, die unmittelbar und unumgänglich zur Erreichung der Schlagfertigkeit der Armee notwendig seien, doch sehe sie in der Erhaltung des Gleichgewichtes im Staatshaushalt durchaus kein bloß theoretisches Prinzip, sondern die Grundbedingung für die im Interesse der Kriegsbereitschaft der Monarchie absolut notwendige Ordnung der Finanzen. Man müsse alles vermeiden, was durch Schwächung des Kredites der Monarchie die Aufbringung der Mittel zum Beginne eines Krieges und dann zur Fortführung desselben erschwere oder unmöglich mache. Um das Gleichgewicht im Staatshaushalt herzustellen, habe die kgl. ung. Regierung seit Jahren alle nur möglichen Ersparungen in des Ausgaben für innere Zwecke zu erzielen

und die Einnahmen tunlichst zu erhöhen gesucht. Darüber hinauszugehen wäre unmöglich, und es werde der kgl. ung. Finanzminister in der Lage sein, zu erklären, welche Summen die kgl. ung. Regierung der Kriegsverwaltung zur Verfügung zu stellen in der Lage sei.

Der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe erklärt, seinerseits im allgemeinen den Ausführungen des Vorredners beizupflichten. Er habe die Angelegenheit bereits im k. k. Ministerrat zur Sprache gebracht und hiebei auch den Erwägungen des Ministers des Äußern und der Kriegsverwaltung Ausdruck gegeben. Der k. k. Ministerrat sei sich nun bewußt gewesen, daß es die Pflicht der k. k. Regierung sei, nicht nur momentan für die Beistellung der Mittel für die eben angeforderten Kriegsvorbereitungen vorzusorgen, sondern auch die Frage zu erwägen, ob und in welcher Weise für die weitere Erhaltung dieser Kriegsrüstungen sowie eventuell für die Mittel zum Beginn und zur Fortführung eines Krieges die nötigen Mittel aufzubringen möglich sein werde.

Die k. k. Regierung mußte ferner berücksichtigen, welche Anforderungen jetzt und in der Zukunft bei den Vertretungskörpern durchzusetzen sein würden, indem sie nicht verkennen konnte, daß das Ansehen und der Kredit der Monarchie empfindlichst geschädigt würde, wenn die Zustimmung der Vertretungskörper nicht mehr zu erreichen wäre. Es war demnach die Pflicht des Ministerrates, nicht nur zu prüfen, welche Mittel augenblicklich der Kriegsverwaltung zu Gebote gestellt werden können, sondern auch, ob und wie die Regierung der hiedurch übernommenen Verpflichtung für die weitere Erhaltung der Kriegsvorbereitung nachzukommen in der Lage wäre. Es sei nun das Äußerste geschehen, um die Anforderungen für die Befriedigung der Erfordernisse der diesseitigen Reichshälfte herabzusetzen, und es werde keine leichte Aufgabe sein, den Vertretungskörpern gegenüber die hiedurch bedingte Nichtberücksichtigung wichtiger Interessen zu rechtfertigen. Die Regierung habe eben getrachtet, das Äußerste zu reservieren, um es der Kriegsverwaltung zur Verfügung zu stellen. Weiterzugehen, wäre ohne Wiedereinführung des Defizites in den Staatshaushalt nicht möglich. Hiedurch würde aber der Kredit des Staates auf das empfindlichste geschädigt, indem allseits der Zweifel an die Möglichkeit einer Ordnung unserer Finanzen und unsere finanzielle Leistungsfähigkeit überhaupt hervorgerufen würde.

Dafür könnte die k. k. Regierung die Verantwortung vor Gott und dem Kaiser nicht tragen.

Der k. u. k. Minister des Äußern Graf Kálnoky bemerkt, er könne die Auffassung des Reichskriegsministers, daß der Krieg mit Rußland unvermeidlich sei, nicht so ohne weiteres akzeptieren; jedenfalls müsse man mit der Möglichkeit rechnen, daß der jetzige unsichere Zustand, der die Forterhaltung und Weiterbildung der Kriegsvorbereitungen notwendig mache, längere Zeit andauere, und da sei es allerdings erforderlich, eine prinzipielle Situation zu erhalten, welche das Ausdauern ermögliche. Es wäre höchst bedenklich, zu Maßregeln zu greifen, welche unseren Kredit im Auslande schwächen und über unsere Leistungsfähigkeit Zweifel erwecken würden. Er glaube, daß die Erklärungen der beiden Ministerpräsidenten wohl die Basis abgeben können, auf der

man zu einem Mittelwege zwischen den Anforderungen für die Kriegsausrüstung und der Erhaltung des Staatskredites gelangen könne.

Der kgl. ung. Finanzminister Wekerle erklärt, daß er nur die Ausführungen des kgl. ung. Ministerpräsidenten wiederholen könne, daß die kgl. Regierung bereit sei, bis an die äußerste Grenze dessen, was ohne Schädigung des Staatskredites möglich sei, zu gehen, um alle unmittelbar zur Erreichung der Schlagfertigkeit der Armee nötigen Mittel der Kriegsverwaltung zur Verfügung zu stellen. Eine detaillierte Beratung der Anforderungen der Kriegsverwaltung werde aber vielleicht erweisen, daß nicht alle beantragten Maßregeln unmittelbar die Schlagfertigkeit der Armee treffen und daß mit dem von der kgl. ung. Regierung für die Anforderungen der Kriegsverwaltung reservierten Betrage den letzteren, wenn auch in einem beschränkteren Maße, Genüge geschehen könne. Es wäre daher am zweckmäßigsten, in die Besprechungen der einzelnen Posten einzugehen.

Der k. k. Finanzminister Steinbach ergreift noch das Wort zu einigen allgemeinen Bemerkungen. Er anerkenne vollkommen die Richtigkeit der Ausführungen des Ministers des Äußern über die momentane Verschärfung der Lage, glaube aber auch, daß es möglich sein werde, über diese Phase hinwegzukommen; doch seien diese Erwägungen für die dermaligen Anforderungen der Kriegsverwaltung nicht relevant, indem es sich bei den letzteren um erst in einiger Zeit zu realisierende Kriegsvorbereitungen handle. Würde die jetzige Verschärfung der Lage nicht überwunden werden, sondern zu einer Katastrophe führen, dann wären an sich alle diese auf die Zukunft berechneten Anforderungen gegenstandslos. Der Reichskriegsminister unterschätze aber zu sehr die Tragweite der Ordnung im Staatshaushalte. Ein Beispiel, wie die Erschütterung des Staatskredites auf das politische Ansehen eines Staates wirke, sei Italien, und doch habe Italien nur in einer Richtung die Folgen seiner finanziellen Kalamitäten zu fühlen, in der Schwierigkeit, neue Anlehen zu halbwegs erträglichen Bedingungen zu kontrahieren. Bei uns würde sich aber die Wiedereinführung des Defizites nicht nur in der Schädigung des Staatskredites, sondern auch in der Devaluierung der Valuta fühlbar machen. Die Frage des Defizites sei überhaupt nach Ansicht des Redners nicht so sehr nach dem Einflusse im Innern, wo sie zunächst^f höchstens die Stellung des Kabinetts beeinflussen könne, als in erster Linie darnach zu beurteilen, daß mit der Wiedereinführung des Defizites das mühsam hergestellte Ansehen im Auslande in kürzester Zeit zerstört würde und wir weder ein Anlehen erhalten noch unsere Zettel ^aauf einem annehmbaren Kurse erhalten^g könnten. Wie bei den ungeheuern Dimensionen, die ein Krieg derzeit annehmen werde, die Auslagen der Weiterführung desselben sich gestalten werden, das sei nicht zu berechnen, doch könne man so viel sagen, daß man in ungeordneten finanziellen Verhältnissen nicht einmal die Mittel zum Beginne desselben aufbringen werde, und daher müsse das Gleichgewicht im Staatshaushalt wohl eben auch zu den notwendigen

^f *Einfügung Steinbachs.*

^{g-g} *Korrektur Steinbachs.*

Kriegsvorbereitungen gezählt werden. Die Vergleichung der Leistungen unserer Monarchie mit denjenigen der anderen Mächte könne Redner nicht als berechtigt ansehen. Vor allem müßte dabei Frankreich und Deutschland außer Spiel bleiben, da einerseits das gespannte Verhältnis zwischen diesen beiden Mächten die eigentliche Gefahr der Friedensstörung in sich schließe, andererseits es ganz undenkbar sei, denselben mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Überlegenheit in den finanziellen Leistungen nachzukommen. Zwischen den Leistungen Italiens und unseren sei wohl kein großer Unterschied, was aber schließlich Rußland betreffe, so hält der Redner es für sehr gefährlich, hier die Konkurrenz weiter zu wecken. Rußland habe offenbar noch seine Armeeorganisation nicht in der gleichen Weise wie die anderen Mächte mit seiner Bevölkerungsziffer in Einklang gebracht; wenn es nun durch fortdauernde Konkurrenz endlich auf diesen Weg gelange, dann werde seine Überlegenheit durch das Übergewicht seiner Bevölkerungsmassen noch bedeutender und nicht mehr einholbar sein. Das einzig Richtige erscheine demnach, daß wir innerhalb der Schranken, die uns unsere finanziellen Verhältnisse auferlegen, das Möglichste zur Erreichung der Schlagfertigkeit der Armee tun. Die k. k. Regierung sei auch bis an die äußerste Grenze gegangen, um für die Anforderungen der Kriegsverwaltung eine tunlichst hohe Summe zur Verfügung stellen zu können. Sehr wichtige kulturelle Bedürfnisse seien unberücksichtigt gelassen worden, um die Stärkung der Armee zu erreichen, aber zu diesem Ende auf eine Wiedereinführung des Defizites in den Staatshaushalt sich einzulassen, sei bei den desolaten Zuständen, zu denen dies führen würde, unmöglich.

Der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn bemerkt, daß er auch seinerseits nur auf die Notwendigkeit hinweisen könne, zu vermeiden, daß schon im Vorbereitungsstadium die finanziellen Kräfte erschöpft werden, was durch die Inanspruchnahme des Kredites in Friedenszeiten geschehen würde. Es müßte also daran festgehalten werden, daß das Gleichgewicht im Staatshaushalt, das nur unter schweren Opfern der einzelnen Ressorts hergestellt würde, nicht in Frage gestellt werden dürfe.

Der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager beantragt, da nach seiner Ansicht eine prinzipielle Verschiedenheit in den Auffassungen nicht obwalte, in die Beratungen der einzelnen Positionen einzugehen, da hiedurch erst ein klares Bild erlangt werden könne.

Der Vorsitzende bringt nun das Ordinarium des Heeres zur Beratung, und wird als Grundlage der letzteren die den Konferenzteilnehmern zur Verfügung gestellte Aufzeichnung der auf Etaterhöhungen und Verminderungen abzielenden Anträge für das ordentliche Heereserfordernis pro 1892 zugrunde gelegt.

Die Verhandlungen über die einzelnen Posten ergeben nachstehendes Resultat.

I. Die Streichung der folgenden Anforderungen wird von der Konferenz angenommen.

1. Post 1 Gleichstellung sämtlicher Korpskommandanten und kommandierenden Generale hinsichtlich ihrer Gebühren	25 307 fl.
2. Post 2 Der im Jahre 1892 für Standeserhöhung der Militärintendantur entfallende Mehraufwand per	17 731 fl.
3. Post 3 Mehrerfordernis infolge Beförderung weiterer drei als Eisenbahnlinienkommandanten fungierender Hauptleute zu Majoren	2 283 fl.
4. Post 4 Berittenmachung je eines Kompagniekommandanten bei jedem Festungsartilleriebataillon, dann des dem Generalinspektor zugeteilten Hauptmannes	5 454 fl.
5. Post 10 Erfordernis für die Überkomplettführung der Rekruten und Ersatzreservisten der Verpflegsbranche während ihrer achtwöchentlichen militärischen Ausbildung	37 037 fl.
6. Post 14 Verminderung der Mannschaftsinterkalarien	138 165 fl.
7. Post 15 Aufstellung einer fünften Militär-Unterreal- schule	82 688 fl.
8. Post 16 Standesvermehrung der Kriegsschule um zehn Reitpferde und fünf Pferdewärter	2 684 fl.
9. Post 19 Mehrerfordernis infolge der teilweisen Besetzung der im militärärztlichen Offizierskorps bestehenden Abgänge	105 553 fl.
10. Post 26 Mehrerfordernis an sachlichen Auslagen infolge einer 13. Infanteriekadettenschule	8 252 fl.
11. bei Post 27 Mehrerfordernis für die Instandhaltung der Festungswerke und Militärgebäude, dann für große bauliche Ameliorierungsarbeiten wird bei der angeforderten Summe von 200 000 fl. der Betrag von 100 000 fl. gestrichen.	
12. bei Post 28 Präliminierung des Erfordernisses für bauliche Herstellungen infolge von Elementarschäden, dann für Desinfektion der Militärgebäude und für sonstige unvorherge- sehene Auslagen der Geniedirektionen wird bei der angeforder- ten Summe von 140 000 fl. der Betrag von 40 000 fl. gestrichen.	

II. Die nachfolgenden Posten wurden zur gänzlichen Streichung beantragt, aber da hierüber eine Einigung nicht erfolgte, die Beschlußfassung über diese Posten in suspenso gelassen:

1. Post 6 Erhöhung des Standes an Subalternoffizieren bei der Infanterie- und Jägertruppe	264 960 fl.
2. Post 8 Das im Jahre 1892 erforderliche Mehrerfordernis für Komplettierung der auf vermindertem Friedensstande be- findlichen 14 Batteriedivisionen auf den normalen Friedens- stand	522 860 fl.
3. Post 13 Aufstellung zweier Remontendepots	104 765 fl.
4. Post 24 Erhöhung des Erfordernisses für Waffenübungen und Konzentrierungen	350 000 fl.

III. Bei nachstehenden Posten wurde eine Herabminderung angetragen, es hat sich aber der k. u. k. Reichskriegsminister die Äußerung über das Ausmaß der Herabminderung vorbehalten, daher wurde die endgiltige Beschlußfassung in suspenso belassen.

1. Post 18 Mehrererfordernis aus Anlaß der Einführung des rauchlosen Pulvers	509 586 fl.
2. Post 22 Erhöhung des Pauschales für die Erzeugung der Sprengmunition und Zündmittel zum Zwecke der scharfen Übungen der Genietruppen	2 800 fl.
3. Post 23 Mehrererfordernis an sachlichen Auslagen für das Eisenbahn- und Telegraphenregiment	3 000 fl.
4. Post 25 Präliminierung des Erfordernisses zur Durchführung des feldmäßigen Schießens bei der Infanterie und der Jägertruppe	120 000 fl.

Die übrigen das ordentliche Heereserfordernis pro 1892 betreffenden Ansätze werden angenommen.

Die Sitzung wird nach Durchberatung der Posten des Ordinariums geschlossen und die Fortsetzung für morgen 1 Uhr anberaumt.

Kálnoky

Ah. E. Ich habe den Inhalt dieses Protokolls zur Kenntnis genommen.
Wien, 6. Oktober 1891. Franz Joseph.

Nr. 53 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 19. September 1891

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Taaffe (24. 9.), der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Szapáry (o. D.), der k. u. k. gemeinsame Kriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer (26. 9.), der k. k. Ackerbauminister Graf Falkenhayn (26. 9.), der kgl. ung. Finanzminister Wekerle (o. D.), der k. k. Finanzminister Steinbach (26. 9.), der kgl. ung. Minister am Ah. Hoflager v. Szögyény (30. 9.), der k. u. k. Marinekommandant Admiral Freiherr v. Sterneck (2. 10.) der k. u. k. Sektionschef Ritter v. Röckenzaun, der k. u. k. Marineoberkommissär Fehr.

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat Ritter v. Khu.

Gegenstand: Delegationsvorlagen.

KZ. 51 – RMRZ. 369

Protokoll des zu Wien am 19. September 1891 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitz des k. u. k. gemeinsamen Minister des Äußern Grafen Kálnoky.

Nach Eröffnung der Sitzung ergreift der k. u. k. Reichskriegsminister FZM. Freiherr v. Bauer das Wort, um nach Rekapitulierung der in dem gestrigen Protokolle aufgeführten Posten, über deren Abstrei-